



Deutscher Bundestag



Bundesrat



Assembleia da República

REPUBLIKA SLOVENIJA
DRŽAVNI ZBOR



REPUBLIKA SLOVENIJA
DRŽAVNI ZBOR

**Erklärung der Parlamente der Bundesrepublik Deutschland,
der Portugiesischen Republik und der Republik Slowenien
zur Durchführung
der Parlamentarischen Dimension der Trio-Ratspräsidentschaft
der Europäischen Union**

vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2021

Für ein stärkeres Europa nach der Krise

Zu Beginn dieses neuen Jahrzehnts steht die Europäische Union im Inneren und nach außen vor enormen Herausforderungen, die ein enger abgestimmtes gemeinschaftliches Handeln erfordern. Dazu gehören die globalen Gesundheitsgefahren, die Überwindung der finanziellen Folgen der COVID-19-Pandemie und der wirtschaftliche Wiederaufbau, insbesondere aber der Klimawandel, die Migration sowie die Instabilität und gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Nachbarschaft der Europäischen Union.

In den letzten Wochen wurde Europa durch die COVID-19-Pandemie tief erschüttert. Sie hat weltweit bereits mehrere hunderttausend Menschenleben gefordert, davon fast zweihunderttausend in der Europäischen Union. Wir, die Parlamente der Triopräsidentschaft, gedenken der Menschen, die der Pandemie zum Opfer gefallen sind, und werden unsere Verantwortung bei der Bewältigung ihrer europaweiten Auswirkungen entschlossen wahrnehmen.

Die Pandemie führt deutlich vor Augen, dass übertragbare Krankheiten nicht an den Grenzen haltmachen und Wissenschaft und Forschung für die Bekämpfung neuer Viren keine schnellen Antworten bereitstellen können. Bei der drängenden Suche nach einem wirksamen Impfstoff müssen die Potenziale globaler Zusammenarbeit genutzt werden, gleichzeitig geht es aber auch darum, die europäische Souveränität bei der Entwicklung von Impfstoffen, neuen Therapien und Behandlungsmethoden, Diagnosetests und medizinischen Systemen nachhaltig zu stärken. Die Europäische Union muss sich noch stärker gegen mögliche künftige Krisen wappnen. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die wir bislang im Laufe der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Krise gewonnen haben, muss die Entwicklung gemeinsamer Krisenpläne für die effektive Bewältigung möglicher künftiger Pandemien oder groß angelegter Cyber-Angriffe als vorrangig angesehen werden.

Die Pandemie belegt einmal mehr, dass globale Gefahren von systemischer Relevanz einer koordinierten Reaktion aller politisch Verantwortlichen auf nationaler und insbesondere auf europäischer Ebene bedürfen. In den ersten Wochen nach Ausbruch von COVID-19 in Europa erforderte die unterschiedliche Infektionsdynamik in den verschiedenen Mitgliedstaaten schnelle Reaktionen. Schwerkranke Patienten erhielten Intensivpflege auch in anderen Ländern, medizinische Ausrüstung oder Schutzkleidung wurde nach anfänglichen Problemen untereinander zur Verfügung gestellt. Allein nationale Strategien zur Bewältigung der Krise stießen an ihre Grenzen. Die Menschen richteten ihren Blick nach Europa in Erwartung größerer Solidarität und grenzüberschreitender Lösungen. Die Europäische Union reagierte mit Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung mit medizinischer Ausrüstung und zur Unterstützung von Unternehmen und Arbeitsplätzen.

Die Europäischen Gemeinschaften wurden vor 70 Jahren zur Überwindung teilweise jahrhundertalter Auseinandersetzungen zwischen Nachbarländern geschaffen. Die Kraft dieser europäischen Idee ist ungebrochen, die Europäische Union wird als Friedens- und Gemeinschaftsprojekt wahrgenommen – allen Desinformationsversuchen zum Trotz. Heute sehen wir uns allerdings anderen, auf ihre Weise aber nicht minder gefährlichen und vielfältigen Herausforderungen gegenüber. Zugleich zeigt das Meinungsbild der meisten EU-Bürgerinnen und -Bürger, dass sie zuversichtlich auf Europa blicken und Erwartungen an seine politischen Verantwortungsträger formulieren.

Neben wirksamen Schutzmaßnahmen gegen die Gesundheitskrise ist es unabdingbar, Beschränkungen des Binnenmarkts baldmöglichst aufzuheben und allen Bürgerinnen und Bürgern die Ausübung ihrer Grundfreiheiten und -rechte wieder vollständig zu ermöglichen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Freiheit in Bezug auf Arbeiten, Studieren, Reisen überall in Europa umgehend wiedererlangen, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind. Dies ist uns als Parlamente ein besonderes Anliegen. Die vier Grundfreiheiten sind das Fundament der europäischen Integration. Die Union ist und bleibt zuvorderst eine Gemeinschaft der Freiheit, der Solidarität und des Rechts. Dass sie nach der Pandemie und der Überwindung der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen geeinter und gestärkter die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger in Europa verfolgen kann, ist politische Aufgabe der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen gleichermaßen.

Als schlagendes Herz unserer Demokratie kommt unseren Parlamenten, national wie europäisch, eine besondere Verantwortung zu, Demokratie, Grund- und Menschenrechte sowie Rechtsstaatlichkeit gemeinsam zu schützen und zu stärken. Dies ist der Fall nicht nur während der Überwindung der Pandemie und der vollständigen Rückkehr zu unseren europäischen Freiheiten, sondern auch grundsätzlich, um der uneingeschränkten Anwendung der Werte der Union, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit wie in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union dargelegt, in der gesamten EU die angemessene Geltung zu verleihen. Wir wollen deshalb die Diskussion über eine neue Strategie zur Umsetzung der Charta der Grundrechte und über einen gemeinsamen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, der für alle gleichermaßen gilt, vorantreiben.

Der Status Quo ist keine vertretbare Option mehr. Wir müssen die Zukunft der Europäischen Union vorausschauend gestalten. Der disruptive Charakter der gegenwärtigen Krise bietet die Chance für mehr Innovation und Dynamik. Wie schwerwiegend die ökonomischen und sozialen Folgen der Krise sein werden, lässt sich noch nicht abschätzen. Sicher ist jedoch, dass es sich um den größten wirtschaftlichen Schock in der Geschichte der Europäischen Union handelt. Deshalb muss es jetzt darum gehen, die Wirtschaft in unseren Mitgliedstaaten schnellstmöglich wiederaufzurichten, ohne alte Fehler und Übertreibungen der Globalisierung zu wiederholen. Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen und vor allem das neue EU-Aufbauinstrument sollen unsere

Volkswirtschaften bei den notwendigen Investitionen in Zukunftsaufgaben solidarisch unterstützen und in verschiedensten Bereichen neue Impulse geben.

Bei den großen Zukunftsfragen muss die Europäische Union nach der Krise handlungsfähiger werden. Konjunkturpläne, die unsere Wirtschaft in Europa strukturell verbessern und wieder auf Wachstumskurs bringen, sollten entsprechend der Idee des Europäischen Grünen Deals unserer Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel und für den Erhalt der biologischen Vielfalt gerecht werden. Nur so lassen sich die ökologische, soziale und wirtschaftliche Resilienz und der Zusammenhalt der Europäischen Union stärken. Zudem sind mehr Investitionen in Bildung und Forschung erforderlich, um eine führende Rolle in essentiellen Bereichen, wie der medizinischen Forschung oder bei Antriebstechnologien, einnehmen zu können. Vor allem aber muss die Union ihre technologische Souveränität ausbauen. Es ist an der Zeit, mit massiven Investitionen den digitalen Wandel, die künstliche Intelligenz und klimaneutrale Industrietechnologien zu fördern und gleichzeitig durch gute rechtliche Rahmenbedingungen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen Zukunftsfeldern zu erhalten.

Die Europäische Union auf diese Weise wettbewerbs- und zukunftsfähiger zu machen, lässt die Unterschiede in Europa nicht größer, sondern kleiner werden. Zur Überwindung der aktuellen sozialen Herausforderungen und Ungleichheiten muss die Europäische Union die bewährten politischen Maßnahmen, beispielsweise die Kohäsionspolitik, nutzen und neue effektive Initiativen entwickeln. Die Kohäsionspolitik muss auch künftig ihre Rolle bei der Verringerung der Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten spielen und Investitionen fördern sowie eine kohärente Entwicklung gewährleisten.

Mit dem Instrument SURE hat die Europäische Union rasch Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung ergriffen. Andere Instrumente zur Umsetzung der Europäischen Säule der Sozialen Rechte werden diskutiert. Uns muss klar sein, dass die langfristige Zustimmung der Menschen zur EU auch wesentlich von größeren Fortschritten hin zu einem sozialen Europa abhängen wird.

Die vorgeschlagene Konferenz zur Zukunft Europas sollte als Plattform für eine strukturierte Debatte über gegenwärtige und künftige Ziele der weiteren europäischen Integration dienen. Sie gibt uns die Chance, noch einmal darüber nachzudenken, wie wir die Europäische Union auf der Grundlage der vorhandenen Instrumente stärker, effizienter und widerstandsfähiger gegenüber den Herausforderungen der Welt von heute aufstellen können. Die Parlamente der Triopräsidentschaft sind der festen Überzeugung, dass die Konferenz konkrete Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union liefern und zur Entwicklung der EU-Politik beitragen sollte, damit die EU aktuellen und künftigen Herausforderungen besser und auf demokratischere, effizientere und nachhaltigere Weise begegnen kann. Die Konferenz sollte den Ansatz des „Policy First“ verfolgen und der Weiterentwicklung unserer politischen Maßnahmen

sowie Instrumente Impulse verleihen und dabei allen möglichen Ergebnissen einschließlich Gesetzesvorschlägen und gegebenenfalls Diskussionen über die Verträge bzw. anderen Diskussionen offen gegenüberstehen. Die Konferenz sollte einberufen werden, sobald es die Bedingungen erlauben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in den engen Dialog eingebunden werden. Die direkte Beteiligung der nationalen Parlamente an der Konferenz ist zu garantieren.

Neben der institutionellen Debatte ist eine breite Diskussion über die Prioritätensetzungen in Europa notwendig. Die Pandemie macht deutlich, dass die Europäische Union in bestimmten Bereichen ein größeres Maß an strategischer Autonomie benötigt. Die Unterbrechung internationaler Lieferketten und die Abhängigkeit von Lieferanten außerhalb der Union, etwa bei Medizinprodukten, offenbaren die Risiken internationaler Verflechtung. Künftig sollte die europäische Industrie strategisch wichtige Produkte verstärkt wieder selbst herstellen bzw. den Aufbau alternativer Lieferketten vorantreiben. Gleichzeitig muss die Union dem freien internationalen Handel und der Wahrung eines auf Regeln basierenden Multilateralismus verpflichtet bleiben. In einer sich weiterentwickelnden multipolaren Welt müssten wir den Rahmen für eine ausgewogene Partnerschaft mit weiteren wichtigen Wirtschaftsmächten setzen.

In der heutigen multipolaren Welt wird erwartet, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht und künftig mehr Einfluss auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen nimmt. Ihre Fähigkeit, nach außen geschlossen und entschlossen zu handeln und die Werte Europas in der Welt wirksam zu fördern, muss deshalb weiter gestärkt werden. Die EU wird vor allem mehr für die Sicherheit und Stabilität in den konfliktträchtigen Regionen innerhalb Europas und in der Welt um uns herum tun müssen, wo Europa für viele Menschen ein Hoffnungsträger und Sehnsuchtsort ist.

Wir werden den Schwerpunkt und das Ziel auf nachhaltigen Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent legen, uns aktiv für nachhaltiges und inklusives Wachstum, Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen und menschliche Entwicklung einsetzen und wir werden uns mit den Fragen des Klimawandels, der Migration und der Mobilität befassen.

Die europäische Perspektive ist nach wie vor eine kräftige Triebfeder für die Transformation der Volkswirtschaften und Gesellschaften der Westbalkanstaaten. Die Europäische Union muss deshalb den Erweiterungsprozess für die Westbalkanstaaten fortsetzen und sich auch weiterhin zur Mitgliedschaftsperspektive für die Länder in der Region bekennen und gleichzeitig die Kohärenz mit den Reformprozessen gewährleisten.

Die mit der weltweiten Migration verbundenen Herausforderungen, die von der Pandemie nicht verdrängt wurden, erfordern mehr denn je eine umfassende, dauerhafte

und tragfähige Lösung. Eine Reform des europäischen Asylrechts ist nicht nur aus humanitären Gründen dringend geboten. Wir, die Parlamente der Triopräsidenschaft, unterstützen den Versuch der Kommission, mit einem Neuen Pakt zu Migration und Asyl einen Durchbruch zu erzielen. Gleichzeitig müssen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die EU-Außengrenzen geschützt werden und die volle Funktionsfähigkeit des Schengen-Raums wieder hergestellt wird. Hierzu schlagen wir gemeinsam eine Hochrangige Konferenz zu Migration und Asyl in Europa vor, die unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in regelmäßigen Abständen abgehalten werden könnte. Ziel ist es, einen parlamentarischen Diskussionsprozess einzuleiten und dabei einen breiten Dialog über alle Aspekte der Migration zu verfolgen.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, vor denen wir stehen, kommt der Triopräsidenschaft und ihrer parlamentarischen Dimension eine besondere Bedeutung zu. Die Pandemie hat nicht nur die politischen Ausgangsbedingungen verändert, sondern auch die Durchführung von Veranstaltungen erschwert. In den letzten Monaten war der interparlamentarische Austausch stark eingeschränkt. Der unmittelbare Kontakt zwischen den Parlamenten hilft jedoch, die verschiedenen Perspektiven besser zu verstehen und in diesem Geist gemeinsame Ziele und Projekte voranzutreiben.

Wir wollen daher trotz der gegenwärtigen Kontakt- und Reisebeschränkungen die interparlamentarische Zusammenarbeit weiter voranbringen.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns vor, in den nächsten 18 Monaten

- die interparlamentarischen Aktivitäten wieder zu verstärken und an der EU-Politik zur Überwindung der Krise aktiv mitzuwirken, unter Bezug auf
 - Art. 12 des Vertrags über die Europäische Union und die darin verankerte Rolle der nationalen Parlamente;
 - die etablierte interparlamentarische Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament gemäß dem Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union;
 - die vertraglich verankerte Rolle der nationalen Parlamente bei der Bewertung der EU-Politiken im Bereich Justiz und Inneres, wie Europol, Eurojust und die Europäische Grenz- und Küstenwache;
- einen substanziellen Beitrag zu zentralen europapolitischen Themen, entsprechend den politischen Leitlinien der EU-Kommission, der strategischen Agenda des Rates sowie den Zielsetzungen der Triopräsidenschaft zu leisten;
- zur Verstärkung des interparlamentarischen Austauschs die Anwendung digitaler Technologien zu verbessern und den von der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der interparlamentarischen Richtlinien erstellten Entwurf „Enhanced

interparliamentary cooperation through modern technology“ auf der Grundlage der Erfahrungen während der Pandemie und sich etablierender Praktiken unter Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zu aktualisieren und hierzu eine Befassung der Konferenz der Präsidenten anzustreben;

- uns ganz praktisch für Nachhaltigkeit auch im eigenen Parlamentsbetrieb einzusetzen und in diesem Sinne Prinzipien der Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit bei Entscheidungen im Parlamentsbetrieb zu berücksichtigen sowie in geeignetem Rahmen auf einen Erfahrungsaustausch der unterzeichnenden Parlamente zur Verbesserung ihres ökologischen Fußabdrucks hinzuwirken.

Die Unterzeichnenden erklären ihren Willen zu umfassendem Austausch, intensiver Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung im Zusammenhang mit der Parlamentarischen Dimension der Ratspräsidentschaft mit dem Ziel einer erfolgreichen Vorbereitung und Durchführung der entsprechenden Veranstaltungen im Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2021. In diesem Sinne kommen die Unterzeichnenden überein, sich einander auf geeigneter Ebene regelmäßig zu konsultieren und im Rahmen von Troika- oder Trioformaten gemeinsame Positionen anzustreben.

Die Parlamente der Triopräsidentschaft werden alle notwendigen und angemessenen Maßnahmen ergreifen, um die erfolgreiche Umsetzung dieser Erklärung sicherzustellen.

Unterzeichnet am 29. Juni 2020



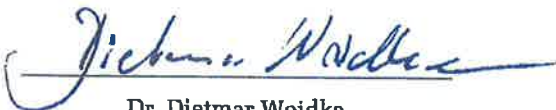
Dr. Wolfgang Schäuble
Präsident des Deutschen Bundestages



Eduardo Ferro Rodrigues
Präsident der Assembleia de República



Igor Zorčič
Präsident der Državni zbor



Dr. Dietmar Woidke
Präsident des Bundesrates



Alojz Kovšca
Präsident des Državni svet